



An den Grossen Rat

23.5563.01

Basel, 15. September 2023

Kommissionsbeschluss vom 15. September 2023

**Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2021 –
Mitte 2023**

Inhalt

1. Antrag und Vorgehen	4
2. Behandelte Themen und Einschätzungen	5
2.1 Allgemeines	5
2.2 Beziehungen Schweiz-EU	5
2.3 Sachvorlagen des Grossen Rats – über die Regionalpolitik hinaus	6
2.4 Bilaterale Treffen mit den Nachbarn	6
2.4.1 Kanton Jura	6
2.4.2 Gemeinderat Birsfelden	7
2.4.3 Weil am Rhein – Oberbürgermeister und Vertretung der Legislative	7
2.5 Zusammenarbeit in trinationalen Gremien	7
2.5.1 Der Oberrheinrat	7
2.5.2 Themen aus dem ORR	9
2.5.3 Districtsrat / Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB)	10
2.5.4 Themen aus dem Districtsrat	11
3. Antrag	13

1. Antrag und Vorgehen

Mit den Beschlüssen des Grossen Rats GRB Nr. 97/37/32G vom 17. September 1997 (Bericht Nr. 8772) und GRB Nr. 06/50/15G vom 14. Dezember 2006 (Bericht Nr. 06.5335.01) hielt dieser fest, dass die Regiokommission mindestens einmal jährlich zu Ende jedes Amtsjahres einen Bericht zum Oberrheinrat beziehungsweise mindestens zwei Mal pro Legislatur einen Bericht zum Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) zuhanden des Grossen Rats erstellt. Bisher hat die Regiokommission alle zwei Jahre dem Grossen Rat über ihre Aktivitäten sowie ihre Mitgliedschaft in den internationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat berichtet. Mit dem vorliegenden Bericht über den ersten Teil der Legislaturperiode vom Januar 2021 bis Juni 2023 beantragt die Regiokommission, die Berichterstattungen jeweils auf Ende der Legislatur zu beschränken und in der aktuellen Legislatur auf deren Ende, eine aktualisierte Berichterstattung des hiermit vorliegenden Berichts vorzulegen.

2. Behandelte Themen und Einschätzungen

2.1 Allgemeines

Ein wesentlicher Teil der Arbeiten der Regiokommission betrifft die Behandlung der ihr zugewiesenen Geschäfte. Zusätzlich verfolgt sie grenzüberschreitende Themen wie z.B. grenzüberschreitende Rettungseinsätze, das Agglomerationsprogramm oder die Entwicklungen hinsichtlich der Beziehung EU-Schweiz. In diesem Zusammenhang hört sie die zuständigen Departemente und Institutionen an, insbesondere mit dem Verein Agglo Basel sowie dem Verein Regio Basiliensis und der Interkantonalen Koordinationsstelle (IKRB) werden enge Kontakte gepflegt. Sehr wichtig für die Regiokommission ist der Austausch und die Beziehungspflege mit Nachbarn (Kantone und Gemeinden). Zudem findet auch ein Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Verein starke Region Basel statt. Bei Bedarf bringen die Kommissionsmitglieder Themen in die trinationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat ein.

2.2 Beziehungen Schweiz-EU

Der Abbruch der Verhandlungen des Schweizerischen Bundesrats mit der Europäischen Union zum institutionellen Rahmenabkommen beunruhigt die Regiokommission. In der Folge liess sie sich mehrfach durch das Präsidialdepartement und dessen Vorsteher zum Stand der europapolitischen Entwicklungen informieren.

Der Basler Regierungsrat identifizierte drei Problemfelder. So wurde das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreements, MRA) nicht nachgeführt, so dass die Vereinbarungen nach und nach auslaufen. Betroffen davon ist bspw. die für Basel bedeutende, exportorientierte MedTec-Branche. Das zweite Problemfeld betrifft den EU-Forschungsrahmen «Horizon Europe», wodurch die Schweiz den Zugang zu wichtigen internationalen Forschungsprojekten verliert. Damit verliert der Universitätsstandort Basel weltweit für die Spitzenforschung an Attraktivität. Das dritte Problemfeld betrifft den Finanzmarkt (Börsenäquivalenz), sowie die Freigabe der Kohäsionsmilliarde.

Der Regierungsrat Basel-Stadt hat auf die Herausforderungen reagiert und in verschiedenen Verlautbarungen den Bundesrat zum Handeln aufgefordert. Hand dazu boten die grenzüberschreitenden Gremien, wie die Oberrheinkonferenz (ORK), der Trinationale Eurodistrict (TEB) oder die Metropolitankonferenz. Auf der nationalen Ebene hat die Basler Regierung weitere Massnahmen zur Sensibilisierung der regionalen Vertretungen in den eidgenössischen Räten, der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ergriffen und einen Dialog Schweiz/Deutschland initiiert.

So konnte die Europa-Kommission der KdK gestärkt werden, wodurch diese mittels einer Standortbestimmung klar Position gegenüber dem Bundesrat bezogen hat. Auch der Städteverband wurde auf Initiative Basels dazu gebracht, sich der Europafrage anzunehmen und mit dem Ministerpräsidenten Baden-Württembergs konnte ein Dialog initiiert werden. Weiter wurden mit dem House of Switzerland von Juli bis Oktober 2021 in Stuttgart und dem Projekt Museum Tinguely AHOY eine Charmeoffensive in Europa lanciert.

Die Regiokommission begrüsst die Bemühungen des Regierungsrats, in der Europafrage aktiv zu werden, mit eigenen Initiativen den Diskurs in der Schweiz mitzugestalten und mit den Nachbarn im Austausch zu bleiben. Aus Sicht der Regiokommission ist eine institutionelle Lösung der Zusammenarbeit der Schweiz und der EU unabdingbar für den Wirtschafts- und Forschungsstandort.

2.3 Sachvorlagen des Grossen Rats – über die Regionalpolitik hinaus.

Die Regiokommission hat in der Berichtsperiode zunehmend Geschäfte behandelt, die über die regionale Kooperation mit den benachbarten Gebietskörperschaften und dem Austausch am Oberrhein hinausgehen. Insbesondere seien dabei die Geschäfte zu den sozialen Engagements mit Rumänien (GRB Nr. 22/49/08G, Bericht Nr. 21.1683.02), von Stadt zu Stadt mit Sahab in Jordanien (GRB Nr. 23/19/9.1G, Bericht Nr. 19.1710.02) und der sozialen Städtepartnerschaft mit Abidjan/Yopougon (GRB Nr. 22/38/19G, Bericht Nr. 22.0113.02) genannt.

Alle vier Jahre berät die Regiokommission zudem den Ratschlag «Gewährung eines Staatsbeitrages für die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland». Im Rahmen der letztmaligen Beratungen zur Beitragsperiode 2022–2025 wurde seitens des Präsidialdepartements ein Ausblick auf die Kantonale Initiative «1% gegen globale Armut» gegeben. Dabei wurde aufgezeigt, dass bei einer Annahme der Initiative in guten Jahren, 0.3 – 1% der Steuererträge natürlicher und juristischer Personen für nachhaltige, evidenzbasierte und wirksame Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden sollen. Dies ergebe Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit zwischen 8 und 26 Millionen Franken, was mindestens einer Vervielfachung des heutigen Volumens von 2 Millionen Franken jährlich bedeuten würde. Die Regiokommission hat bereits im Bericht zur Beitragsperiode 2022–2025 den Regierungsrat angeregt, das Vorgehen zur Wahl der Kommissionsmitglieder und deren bisherige ehrenamtliche Leistungen zu prüfen. Weiter stellt die Regiokommission die Frage, wie eine engere Zusammenarbeit mit der DEZA stattfinden kann, wobei Fachwissen und Synergien genutzt werden könnten.

2.4 Bilaterale Treffen mit den Nachbarn

Die Regiokommission ist von der Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Kanton Basel-Stadt und die gesamte Region überzeugt, denn diese bildet eine zentrale Grundlage für einen attraktiven Lebensraum und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Deswegen trifft sich die Regiokommission periodisch mit Vertretungen der benachbarten Gemeinden und Städten und pflegt einen Austausch unabhängig von laufenden politischen Geschäften im Kanton Basel-Stadt.

Die Treffen dienen in erster Linie der Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen. Die Regiokommission nimmt die Anregungen aus dem Austausch entgegen und bringt die Ansichten der Nachbarn bei Bedarf in die parlamentarischen Beratungen des Grossen Rates ein.

Pandemiebedingt haben in der Berichtsperiode weniger nachbarschaftliche Austauschtreffen stattfinden können. 2021 besuchte die Regiokommission die jurassische Commission des affaires extérieures et de la Formation. Im Frühling 2022 empfing die Regiokommission den Gemeinderat von Birsfelden. Im März 2023 folgte die Regiokommission der Einladung des Oberbürgermeisters von Weil am Rhein.

2.4.1 Kanton Jura

Die Regiokommission besuchte auf Einladung der Commission des affaires extérieures et de la Formation des Kantons Jura am 3. September 2021 den Kanton Jura. Neben den Mitgliedern der jurassischen Kommission war der Ministre de l'environnement zugegen. Der Regiokommission wurde der jurassische Ableger der Switzerland Innovation Park Basel Area (SIP) gezeigt. Der zentrale Programmpunkt umfasst den durch den Kanton Jura angestrebten Ausbau der N18 von Basel über Laufen nach Delémont.

Die Regiokommission anerkennt dabei die enge Anbindung des Kantons Jura an den Agglomerationsraum Basel und würde eine allfällige Korridorstudie für die genannte Verkehrsachse unterstützen.

2.4.2 Gemeinderat Birsfelden

Auf Einladung des Gemeinderats Birsfelden traf sich die Regiokommission mit der kommunalen Exekutive am 20. März 2022 in Birsfelden.

Das zentrale Thema des Austausches betraf die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und dem Gemeinderat Birsfelden. Diese finde situationsbezogen statt und gestalte sich sehr konstruktiv. So werde zur teilweise schwierigen Situation am Birsköppli mit Nachtlärm auf Baselstädtischer Seite, welcher in erster Linie die Bewohner Birsfeldens betreffe, im Rahmen eines runden Tisches zusammengearbeitet.

Die Regiokommission sieht grosses Potenzial in einem regelmässigen und institutionalisieren Austausch des Regierungsrats Basel-Stadt mit der Vorortsgemeinde Birsfelden. Insbesondere mit dem Lehenmattquartier und der Breite ergeben sich viele überschneidende Themen. Bei Projekten der Stadtentwicklung am östlichen Stadtrand sollte die Gemeinde einbezogen werden, sie ist ein wichtiger und naher Wohnort zu grossen Arbeitsplatzgebieten, insbesondere des Kleinbasels. Der Gemeinde ist daher die Anbindung mit dem öffentlichen Verkehr an das Kleinbasel und den Badischen Bahnhof ein Anliegen. Die aktuelle Verbindung ist sehr umständlich, dem könnte mit einer Tramlinie über die Schwarzwaldbrücke oder eine Verbindung auf dem Wasser Abhilfe geschaffen werden. Dies auch im Hinblick auf eine mögliche S-Bahn-Haltestelle Solitude. Die Situation mit dem Durchgangsverkehr gestaltet sich weiterhin sehr schwierig, die Problemlage müsste aber schlussendlich nicht nur kantons-, sondern gar landesgrenzenübergreifend angegangen werden.

2.4.3 Weil am Rhein – Oberbürgermeister und Vertretung der Legislative

Auf Einladung der Stadt, besuchte die Regiokommission am 10. März 2023 Weil am Rhein. Neben der Vertretung der Exekutive, bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem Ersten Bürgermeister (Kämmerer und Leiter der Stadtwerke), der Leiterin des Hauptamtes und dem Pressesprecher, wurde die Kommission durch die Vertretungen der Fraktionen der Legislative Grüne, CDU, SPD und FDP/Freie Bürger empfangen.

Die Dreiländerstadt Weil am Rhein spürt einen hohen Bevölkerungsdruck, welcher massgeblich durch die gute Wirtschaftsentwicklung der Region geprägt wird. Neben der Siedlungsentwicklung interessierte sich die Regiokommission insbesondere für eine Einschätzung zur grenzüberschreitenden Tramlinie 8 und der aktuellen Planung rund um die weitere Verlängerung «Tramlinie 8+». Mit der Verlängerung ist geplant, ein Gebiet mit 15'000 Einwohnenden zu erschliessen. Eine Herausforderung bei der Finanzierung stellen die Betriebskosten dar, dazu sollte eine Lösung mit dem Kanton Basel-Stadt gefunden werden. Ein weiteres Anliegen der Stadt Weil am Rhein betrifft die Verkehrssituation am Wiesenkreisel im Raum Zoll Otterbach. Dabei wird die Buslinie 55 von Weil am Rhein zum Badischen Bahnhof durch den Verkehr blockiert, so dass die Anschlüsse auf den ICE verpasst werden. Zeitgleich ist die Veloerschliessung unbefriedigend.

Die Regiokommission anerkennt das Anliegen der Stadt Weil am Rhein, eine Lösung hinsichtlich der Betriebskosten für die Tramlinie 8+ mit der BVB und dem Kanton Basel-Stadt auszuarbeiten, so dass diese im Einvernehmen mit dem Land Baden-Württemberg realisiert werden kann.

2.5 Zusammenarbeit in trinationalen Gremien

Die Regiokommission ist mit 4 Mitgliedern im Oberrheinrat und mit 7 Mitgliedern im Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts (TEB) vertreten. Über diese Gremien fliessen die Informationen aus den trinationalen Gremien: Oberrheinkonferenz, Trinationaler Eurodistrict und dem Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ein.

2.5.1 Der Oberrheinrat

Der Oberrheinrat feierte 2022 sein 25-jähriges Bestehen. Als trinationales Parlament der politischen Mandatsträger am Oberrhein konkretisiert diese Institution den Willen zur Zusammenarbeit und den Austausch. Als Forum für politischen Austausch arbeitet der Oberrheinrat seit 25 Jahren an einem besseren Zusammenwachsen der deutsch-französisch-

schweizerischen Grenzregion. Anlehnend an die konstituierende Sitzung vom April 1998, fand die Jubiläumsfeier im Europäischen Parlament in Strassburg statt und wurde durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments eröffnet.

Verstetigung des gemeinsamen Sekretariats

Im Verlaufe des Jahres 2022 hat das Büro des Grosse Rats den Finanzierungsbeitrag für die Verstetigung des gemeinsamen Sekretariats des Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinrats (ORR) für die Jahre 2023 bis 2026 vorbehaltlich der Zustimmung der anderen beteiligten Kantone Basel-Landschaft, Aargau, Jura und Solothurn zugestimmt. Im Herbst 2022 haben alle Gebietskörperschaften der Verstetigung dieses gemeinsamen Sekretariats zugestimmt. Dies ist ein sehr erfreuliches Statement für die Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene. Damit konnte das gemeinsame Sekretariat im Anschluss an das INTERREG-Projekt (2019 – 2022) verstetigt werden. Die Einrichtung des ständigen Sekretariats des Oberrheinrats ist eine Erfolgsgeschichte und als zentrale Kommunikationsplattform mit einer klar definierten Ansprechperson für die Mitglieder, die beteiligten Verwaltungen und die Partnerinnen und Partner des Oberrheinrats nicht mehr wegzudenken. Die stärkere Koordinierung drückt sich zum Beispiel in einer intensiveren Vernetzung der Kommissionen und der Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit aus. Mit der Ansiedlung des Sekretariats im Kompetenzzentrum für europäische Fragen in Kehl, können vielfach Synergien beispielsweise mit dem Sekretariat der Oberrheinkonferenz genutzt werden.

Schweizer Präsidium 2021

Die Schweiz übernahm 2021 turnusgemäss das jährlich alternierende Präsidium des Oberrheinrats. Die vier thematischen Prioritäten: Begegnungen schaffen und Nachbarschaft leben; Mobilität grenzüberschreitend verbessern; Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich vertiefen und Jugend stärker einbinden und beteiligen, hatten das Ziel, die Menschen am Oberrhein näher zusammenzubringen und neue grenzüberschreitende Verbindungen zu schaffen. Das schwierige Pandemiejahr 2020 mit 91 Tagen Grenzkontrollen und teilweisen Grenzschiessungen hatte mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass der Oberrhein ein gemeinsamer grenzüberschreitender Lebensraum ist, der ohne den freien Personenverkehr, gute Kontakte über die Grenze hinweg und einen fortwährenden Austausch in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht mehr denkbar ist.

Gemeinsamer Kongress ORR und ORK - Pandemie am Oberrhein

Im November 2021 wurde der gemeinsame Kongress des parlamentarischen Oberrheinrates und der Regierungs- und Verwaltungsbehörden verbindenden Oberrheinkonferenz zum Thema «Pandemie am Oberrhein: Passende Lösungen für eine Metropolregion» durchgeführt. Die Teilnehmer aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland tauschten sich über Erkenntnisse aus der Pandemiebewältigung in der Grenzregion seit dem Frühjahr 2020 aus. Der Kongress war eine erste Etappe auf dem Weg zur Erarbeitung einer grenzüberschreitenden Strategie zum Umgang mit Pandemiesituationen. Um zukünftig besser auf ähnliche Notsituationen vorbereitet zu sein, wurde ein Prozess zur Aufarbeitung der Erkenntnisse aus der Pandemiesituation gestartet. Die Handlungsempfehlungen umfassen insbesondere einen Mechanismus zur Sicherstellung des freien Grenzverkehrs in der Region und die vorherige Anhörung von Grenzregionen bei der Einführung von Massnahmen zum Infektionsschutz. Auch die Bedeutung einer vergleichbaren Datenbasis, der Vereinbarkeit von Datensystemen und einer klaren Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungskommunikation über die Grenze hinweg wurden betont. Ganz konkret wurde die prioritäre Einrichtung eines trinationalen Lagezentrums gefordert, um in Krisensituationen jederzeit über ein grenzüberschreitendes Bild zur Lagebeurteilung zu verfügen.

An der Plenarversammlung vom 27. Juni 2022 hat der Oberrheinrat auf Vorschlag der Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe die Resolution Trinationales Lagezentrum aufbauen

und grenzüberschreitenden Rettungsdienst am Oberrhein intensivieren an die zuständigen Behörden der drei Länder adressiert.

2.5.2 Themen aus dem ORR

Arbeitsmarkt

Die Pandemie verstärkte eine Vielzahl von Herausforderungen, die für Grenzgängerinnen und Grenzgänger auch im Alltag eine solche darstellen. So wurde die Kurzarbeitsentschädigung doppelt besteuert und mobiles Arbeiten bzw. Telearbeit durch vielfache administrative Hürden erschwert. Mit dem schrittweisen Auslaufen der pandemiebedingten Ausnahmeregelungen kehrte der rechtliche Rahmen für grenzüberschreitendes mobiles Arbeiten bzw. Telearbeit in die Zeit vor Covid-19 zurück. Ohne eine Modernisierung des Rechtsrahmens wird die Attraktivität im Nachbarland zu arbeiten, sowohl aus Sicht der Beschäftigten als auch der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, zwangsläufig abnehmen, was den trinationalen Arbeitsmarkt nachhaltig schädigen könnte. Im Besonderen wird das Risiko einer Ungleichbehandlung von Beschäftigten im selben Unternehmen oder derselben Einrichtung gesehen, wenn sich die Möglichkeiten hinsichtlich mobiler Arbeit und Telearbeit je nach Wohn- oder Einsatzort unterscheiden. Der Oberrheinrat fordert daher die Erarbeitung und Umsetzung einer ganzheitlichen Lösung im Sinne der grenzüberschreitend Beschäftigten am Oberrhein. In jedem Fall müssen die notwendigen Informationen frühzeitig und mehrsprachig für alle Beteiligten zur Verfügung stehen.

Weiterhin mahnte der ORR, zur Stärkung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts und der Deckung des Fachkräftebedarfs, Fortschritte bei der grenzüberschreitenden Anerkennung von Berufsqualifikationen an. In diesem Zusammenhang forderten die Mitglieder auch, die Finanzierung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung zwischen Deutschland und Frankreich sicherzustellen.

Verkehrsinfrastruktur

Der grenzüberschreitende Schienenverkehr ist entscheidend für die Umsetzung einer nachhaltigen Mobilität am Oberrhein. Die Infrastrukturen weisen vielfach Lücken auf, exemplarisch zeigte sich dies beim Unterbruch der Rheintalstrecke bei Rastatt im Jahre 2017. Es ist daher essenziell, dass der Ausbau des Schienenverkehrs über alle drei Länder am Oberrhein geplant und zeitnahe umgesetzt wird.

Gesundheitsraum Oberrhein und Rettungsdienste

Im Anschluss an den gemeinsam mit der Oberrheinkonferenz organisierten Kongress „Pandemie am Oberrhein“ vom 26. November 2021 rief der Oberrheinrat alle zuständigen Akteure der Katastrophenhilfe am Oberrhein dazu auf, eine konkrete Perspektive für den Aufbau eines trinationalen Lagezentrums zu entwickeln. Ziel dieser permanenten Einrichtung sollte es sein, insbesondere im Falle von Notsituationen, über ein genaues Lagebild des gesamten Oberrheins zu verfügen, um den nationalen und regionalen Krisenstäben schnell und zuverlässig grenzübergreifende Informationen übermitteln zu können. Weiter verabschiedete der Oberrheinrat eine Resolution zur Schaffung von rechtlichen Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck. Vor dem Hintergrund des bestehenden Feuerwehrabkommens zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg, sowie dem angestrebten Abkommen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Elsass, spricht sich der Oberrheinrat für den Abschluss entsprechender Abkommen zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz und den elsässischen und badischen Nachbarn aus.

Mehrsprachigkeit

20 Jahre nach der Erklärung der Oberrheinkonferenz zur Unterstützung der Mehrsprachigkeit und fast zehn Jahre nach der Unterzeichnung der „Oberrhein-Charta zur Förderung der Mehrsprachigkeit“ durch den Oberrheinrat, die Oberrheinkonferenz, die Eurodistrikte und das Städtetz beobachtet der Oberrheinrat mit Besorgnis die Tendenz, dass trotz guter Ansätze und Initiativen am gesamten Oberrhein die Anzahl französischsprachiger Bildungsangebote in Teilen der Grenzregion abnimmt. Er fordert daher erneut die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konzepts zur Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein, um die Umsetzung der Ziele der Oberrhein-Charta vom 10. Juni 2013 voranzutreiben.

Beziehungen zu Europa

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz zeigte der Oberrheinrat auf, dass diese Situation sich in weiteren Bereichen wie dem Strommarkt und der Forschung negativ auf die trinationale Region auswirken wird. In diesem Kontext regte der Oberrheinrat an, den Geist des Entwurfs der EU-Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen grenzübergreifenden Mechanismus (ECBM) mit Leben zu füllen. Der Mechanismus könnte die Basis bieten, die grenzüberschreitenden administrativen Hürden erheblich abzubauen.

Auf Initiative des seit 2023 amtierenden französischen Präsidium (Region Grand Est) fand am 15. Juni 2023 ein Austausch, zwischen dem Vorstand des Oberrheinrats im Europäischen Parlament mit Europaabgeordneten aus der Oberrheinregion, zum Stand der Schweiz-EU-Beziehungen statt. Gute Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz sind entscheidend, um den Alltag der Bürgerinnen und Bürger der trinationalen Region zu erleichtern und die Attraktivität des Oberrheingebiets aufrecht zu erhalten. Im Rahmen des Austauschs wurde festgestellt, dass es dringend einer aktiven Fortsetzung der Verhandlungen bedarf, um das Entstehen neuer Hindernisse im Zusammenhang mit der Erosion der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU und negative Auswirkungen auf die an die Schweiz angrenzenden Regionen zu verhindern, die seit jeher starke Beziehungen zum Nachbarland pflegen.

Für erfolgreiche Verhandlungen sahen die Teilnehmenden die Notwendigkeit, dass die betroffenen Akteure und in erster Linie die Grenzregionen, weiterhin ihre Position mit Nachdruck gegenüber dem Bundesrat und der Europäischen Kommission vertreten, sowie den Bedarf an interkulturellen Kompetenzen bei den Verhandlungsführenden, um das gegenseitige Verständnis zu erleichtern.

Gleichwohl äusserten die Teilnehmenden ihr Bedauern darüber, dass der Zeitplan für die Verhandlungen aufgrund der eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 verschoben wurde. Mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 2024 und die damit verbundene Erneuerung der Europäischen Kommission, könnte der Abschluss eines Abkommens letztlich bis 2025 oder 2026 verschoben werden.

Weitere Informationen sind den jährlichen Tätigkeitsberichten des Oberrheinrates zu entnehmen. Die Resolutionen und die Stellungnahmen sind auf der Homepage des Oberrheinrats einsehbar.

2.5.3 Districtsrat / Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB)

Der Districtsrat ist der politische Beirat des Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB). Mit dem TEB ist 2007 eine Kooperationsplattform geschaffen worden, die zum Ziel hat, die trinationale Agglomeration als attraktiven, grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken. Der Districtsrat besteht aus 20 Schweizer und je 15 Deutschen und Französischen Gewählten; Einsitz haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Gemeinderatsmitglieder. Das Präsidium alterniert zwischen den drei Ländern und wird für den Zeitraum 2022 – 2024 durch die Schweizer Seite ausgeübt.

Der Districtsrat hat sechs 9-köpfige Kommissionen; davon wurden zwei von Schweizer Seite präsiert: Die Kommissionen Soziales, Gesundheit & Forschung sowie Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Tourismus. Die weiteren Kommissionen lauten Verkehr; Raumordnung; Umwelt; Energie & Landwirtschaft und Bildung, Kultur, Jugend, Sport & Identität.

In der Berichtsperiode wurde die Strategie TEB 2030 neu erarbeitet und die Geschäftsordnung des TEB überarbeitet. Der Districtsrat begleitete die Arbeiten jeweils und konnte sich einbringen.

2.5.4 Themen aus dem Districtsrat

Sondermülldeponien im Dreiland

Nachdem sich der Districtsrat bereits 2015 über das Thema Lindan informieren liess, lud er im Juni 2022 zwei Experten ein, welche über die Deponien im Dreiland referierten. Ab 1947 produzierte das Unternehmen Ugine-Kuhlmann in Huningue für rund 60 Jahre Lindan. Dabei handelt es sich um ein Insektizid, bei dessen Produktion 80 – 85 Prozent Abfall entsteht. Mangels vorsichtiger und intensiver Analysen und historischer Untersuchungen, war bei Sanierungsbeginn das Ausmass der Deponie zu wenig bekannt. Dies führte einerseits zu einer Kontamination im Umfeld der Deponie und andererseits stiegen die Kosten von den ursprünglich veranschlagten 100 Mio. auf 300 Mio. Franken. Zwischenzeitlich konnte die Sanierung der Deponie mittels Totalaushub vollständig abgeschlossen werden.

Bei der Deponie Roemisloch in Neuweiler, Frankreich bestehen Unklarheiten, ob diese fachgerecht saniert wurde, so stellte die Gemeinde Allschwil Verschmutzungen im Wasser fest. In der Region wurden die Deponien Bonfol (JU/CH), Kessler (Grenzach-Wyhlen/D), Kölliken (AG/CH) mittels Totalaushub saniert. Diese Methode hat sich bewährt. Weiter nicht saniert sind die Deponien Gravière nord/Plattform TIR, Brugner (beide St-Louis/Bourgfelden), sowie die weiteren Standorte des Unternehmens Ugine-Kuhlmann. Als problematisch zu betrachten ist, dass nicht alle Lindan-Deponien inventarisiert sind. Dies betrifft bspw. Kies mit Lindan-Abfall in Allschwill, Schönenbuch und den beiden Hagenthal-le-Bas/le-Haut.

Einladung nach Berlin

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Lörrach – Müllheim besuchte eine Delegation des Districtsrats und Mitglieder der Regiokommission die Deutsche Bundeshauptstadt Berlin. Die aus deutschen, französischen und Schweizer Vertretern und Vertreterinnen der trinatioanlen Zusammenarbeit bestehende Delegation besuchte die Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und tauschte sich mit Zeitzeugen vor Ort aus. In der französischen Botschaft fand ein Austausch mit einem Vertreter der Botschaft statt, anschliessend folgte die Delegation der Einladung der Schweizer Botschaft, wobei die Möglichkeit zum Austausch mit dem Schweizer Botschafter bestand. Beim Deutsch-Französischen Jugendwerk konnte ein tiefer Einblick in die Austauschprogramme der beiden Länder gewonnen werden. Abgerundet wurde der Besuch mit der Besichtigung des Plenarsaals des Deutschen Bundestages und einer Einführung in die parlamentarische Arbeit, sowie dem Austausch mit dem Mitglied des Bundestages aus dem benachbarten Wahlkreis Lörrach – Müllheim.

Verkehrsinfrastruktur

Der Districtsrat beschäftigte sich mit dem Radnetz im Dreiländereck und begrüsst die Publikation der Dreiland-Radregion. In diesem Zusammenhang regte der DR an, die Palmrainbrücke für den Radverkehr attraktiver zu gestalten. Die Struktur/Statik der aktuellen Palmrainbrücke lässt den Bau von Radwegen nicht zu. Deswegen wurde die Dreiländerbrücke für die Radverkehrsstrategie des Aggloprogramms zur Überquerung der Grenze definiert. Eine Verbesserung der Situation auf der Palmrainbrücke ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Die gegenseitige, grenzüberschreitende Anerkennung der Abonnemente der Tarifverbände konnte nach

zweijährigen Pilotbetrieb verstetigt werden. Dies ist erfreulich und trägt zum Zusammenwachsen der Region bei.

INFOBEST – Beratung für Grenzgänger und Grenzgängerinnen

Die Serviceleistungen des INFOBEST-Netzwerks sollen verbessert und zu einem Service-Zentrum Oberrhein weiterentwickelt werden. Die heutigen vier INFOBEST PAMINIA (Karlsruhe/Heguenau), Kehl/Strasbourg, Vogelgrun/Breisach und PALMRain (Dreiland) sehen sich mit steigender Nachfrage und der Digitalisierung konfrontiert. Die bisher weitgehend analoge Arbeitsweise entspricht nicht mehr den Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen und Synergien zwischen den vier Stellen werden nicht genutzt. Insbesondere soll ein digitaler Zugang für Bürgerinnen und Bürger und ein Online-Tool geschaffen werden, welches die individuelle Situation umfassend bewertet und die notwendigen Verwaltungsschritte und Formulare aufzeigt und an die zuständigen Stellen und Antragsmöglichkeiten weiterverweist. Damit können die Referenten entlastet werden und sich vermehrt den schwierigen juristischen Fällen zuwenden. Bemängelt aus Schweizer Perspektive wird die geringe Bekanntheit des INFOBEST-Netzwerks. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass sehr weniger Schweizer Bürgerinnen und Bürger über die Grenzen zur Arbeit pendeln. Die INFOBEST tragen massgeblich dazu bei, den Schweizer Arbeitsmarkt für Grenzgänger und Grenzgängerinnen attraktiv zu halten.

Kultur und Bildung

In Zusammenarbeit mit dem Vorstand machte sich die Kommission für Bildung, Kultur, Jugend, Sport & Identität für ein engeres Zusammenwachsen der Region stark. Sie forderte mittels dreier Motionen an den TEB-Vorstand, den Schülerinnen- und Schüleraustausch zu fördern, ein gemeinsames Lehrmittel für Geschichte, Geografie und Kultur des Dreilandes zu erarbeiten, sowie den Sprachen der Nachbarn wieder mehr Beachtung zu schenken.

Die Situation der Fahrenden ist insbesondere auf französischer Seite herausfordert. Konkret zeigt sich dies bei der Beschulung der Kinder, die zwischen den Ländern wechseln. Eine verstärkte Kooperation der zuständigen Stellen im Bildungsbereich der drei Länder könnte dem Abhilfe schaffen.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Zu den positiven Seiten der Covid-19-Pandemie wurde festgehalten, dass eine Zusammenarbeit der Gesundheitsinstitutionen über die Grenzen hinweg stattgefunden hat. Ausserdem wurden die grenzüberschreitenden Organisationen in den regionalen und nationalen Hauptstädten besser wahrgenommen, wie auch in der lokalen Öffentlichkeit. Schliesslich wurden Regelungen für die Telearbeit von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, wenn auch vorerst temporär, gefunden.

Weitere Informationen sind der [Homepage des Districtsrats](#) zu entnehmen.

3. Antrag

Die Regiokommission beantragt einstimmig mit 9:0 Stimmen dem Grossen Rat, vom Bericht der Regiokommission zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Die Regiokommission beantragt einstimmig mit 9:0 Stimmen dem Grossen Rat, einmal pro Legislatur über die Tätigkeit der gewählten Mitglieder in den trinationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat Bericht zu erstatten und den vorliegenden Bericht in aktualisierter Form zu Ende der aktuellen Legislatur dem Grossen Rat erneut vorzulegen.

Sie hat den Bericht am 15. September 2023 einstimmig verabschiedet und ihren Präsidenten Niggi Rechsteiner zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Regiokommission
Niggi Rechsteiner, Präsident

Beilage:
Entwurf Grossratsbeschluss

Grossratsbeschluss

betreffend Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrict Basel und in der Oberrheinregion 2021/Mitte 2023

(vom [Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Bericht der Regiokommission Nr. 23.5563.01 vom 15. 09. 2023, beschliesst:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Regiokommission erstattet dem Grossen Rat einmal pro Legislatur Bericht über ihre Mitarbeit in den Trinationalen Gremien.
3. Der in den Grossratsbeschlüssen vom 17. September 1997 (Bericht Nr. 8772) und vom 14. Dezember 2006 (Bericht Nr. 06.5335.01) genannte Rhythmus für die Berichterstattung wird aufgehoben.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.